



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht und des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit zu TOP 4, 5,6,7,8,9

Sitzungsort: Orbansaal, Bergbräustraße 1		Sitzung-Nr.: VPA/03/2023	
Sitzungsdatum: Mittwoch, 10.05.2023	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:30 Uhr Sitzungspause: 15:10 Uhr bis 15:21 Uhr	

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf	
Bürgermeisterin	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	online
Ausschussmitglieder des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	
Herr Stadtrat Albert Wittmann	
Herr Stadtrat Thomas Deiser	
Herr Stadtrat Alfred Grob	online
Herr Stadtrat Christian De Lapuente	Vertretung für Stadträtin Hagn bis 15:54 Uhr, VPA
Herr Stadtrat Jörg Schlagbauer	ab 15:30 Uhr, TOP 4 (neu) Stellenplananträge
Herr Stadtrat Christian Höbusch	ab 15:15 Uhr, Pause
Herr Stadtrat Dr. Christoph Spaeth	ab 16 Uhr, TOP 4 (neu) Stellenplananträge
Herr Stadtrat Hans Stachel	
Herr Stadtrat Günter Schülter	
Herr Stadtrat Christian Lange	ab 15:40 Uhr, TOP 4 (neu) Stellenplananträge
Herr Stadtrat Raimund Köstler	
Herr Stadtrat Jakob Schäuble	

Ausschussmitglieder des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht	
Herr Stadtrat Alfred Grob	online
Herr Stadtrat Thomas Deiser	
Herr Stadtrat Albert Wittmann	
Herr Stadtrat Christian De Lapuente	Vertreter für Stadtrat Werner
Herr Stadtrat Klaus Mittermaier	
Herr Stadtrat Jochen Semle	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Frau Stadträtin Angela Mayr	
Herr Stadtrat Lukas Rehm	
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Frau Stadträtin Eva Bulling-Schröter	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	ab 15:55 Uhr, TOP 4 (neu), Stellenplananträge
Berufsmäßige Stadträte	
Herr Bernd Kuch	Referat I
Herr Franz Fleckinger	Referat II
Herr Dirk Müller	Referat III
Herr Gabriel Engert	Referat IV
Herr Isfried Fischer	Referat V
Herr Gero Hoffmann	Referat VI
Frau Ulrike Wittmann-Brand	Referat VII
Herr Prof. Dr. Georg Rosenfeld	Referat VIII
Entschuldigt	
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	
Herr Stadtrat Hans-Joachim Werner	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung

- 1 . Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Ingolstadt;
Änderung der Ausschusszuständigkeit für Halbjahresberichte zum operativen Geschäft der vom Rechts- und Ordnungsreferat verwalteten Stiftungen
(Referenten: Oberbürgermeister Dr. Scharpf, Herr Müller)
V0219/23
- 2 . Vollzug des Ladenschlussgesetzes;
Freigabe von Verkaufszeiten im Altstadtbereich anlässlich des Herbstvolksfestes am Sonntag, 24.09.2023
(Referenten: Herr Müller, Herr Prof. Dr. Rosenfeld)
V0376/23
- 3 . Erlass einer Benutzungssatzung für den Badeplatz im Piuspark
(Referenten: Frau Wittmann-Brand, Herr Müller)
V0310/23

Sitzungspause 15:10 Uhr bis 15:21 Uhr

- 4 . Stellenplananträge
- 4.1 . Schaffung einer Planstelle im Standes- und Bestattungsamt für die digitale Nacherfassung von papiergebundenen Personenstandsregistern
(Referenten: Herr Müller, Herr Kuch)
V0209/23
- 4.2 . Stellenplanantrag; Schaffung von einer neuen Planstelle im Straßenverkehrsamt
(Referent: Herr Müller)
V0301/23
- 4.3 . Stellenplanantrag; Schaffung von 1,5 neuen Planstellen im Bereich Einreise und Aufenthalt
(Referent: Herr Müller)
V0302/23
- 4.4 . Stellenplanantrag; Schaffung einer neuen Personalstelle im Bereich Gesundheitswesen
(Referent: Herr Fischer)
V0322/23
- 4.5 . Schaffung einer Planstelle im Amt für Gebäudemanagement zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten bei der Umsetzung technischer Energieeinsparmaßnahmen
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Kuch)
V0334/23

- 5 . Richtlinie zur Förderung des Einsatzes von Pädagogischen Qualitätsbegleiterinnen und Qualitätsbegleitern (PQB) in Kindertageseinrichtungen und (Groß-) Tagespflegestellen (Referenten: Herr Engert und Herr Kuch)
V0134/23

- 6 . Neue Fachkräfte für die bayerischen Kitas - das neue modulare Gesamtkonzept für die berufliche Weiterbildung in Kindertageseinrichtungen (Referenten: Herr Engert und Herr Kuch)
V0329/23

- 7 . Überprüfung von KW-Stellen für den Stellenplan 2024
V0331/23

- 8 . Bericht zum Projekt „Einführung Geschäftsprozessmanagement“ und Folgeaktivitäten (Referent: Herr Kuch)
V0333/23

- 9 . Sportentwicklungsplan für die Stadt Ingolstadt, Abschlussbericht; Verabschiedung der Leitziele, Handlungsempfehlungen und Maßnahmen (Referentin: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll)
V0291/23

Oberbürgermeister Dr. Scharpf eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht und der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit ordnungsgemäß geladen wurde und 21 Mitglieder erschienen sind. Beide Ausschüsse sind damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf regt an den TOP 2 „Stellenplananträge“ gesammelt in der gemeinsamen Sitzung mit dem Finanz- und Personalausschuss zu behandeln.

Damit besteht seitens der Ausschussmitglieder Einverständnis.

Die Nummerierung ändert sich dementsprechend.

Danach gibt der Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht und der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

1 .

Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Ingolstadt;

Änderung der Ausschusszuständigkeit für Halbjahresberichte zum operativen Geschäft der vom Rechts- und Ordnungsreferat verwalteten Stiftungen

(Referenten: Oberbürgermeister Dr. Scharpf, Herr Müller)

Vorlage: V0219/23

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht

Antrag:

Die Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Ingolstadt wird wie folgt geändert:

1. Die Zuständigkeit des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht für die Behandlung der Halbjahresberichte zum operativen Geschäft der vom Rechts- und Ordnungsreferat verwalteten Stiftungen (§ 5 Abs. 1 Nr. 13 GeschO) wird aufgehoben. § 5 Abs. 1 Nr. 13 der Geschäftsordnung wird gestrichen.

2. Stattdessen wird die Zuständigkeit für die Behandlung der Halbjahresberichte zum operativen Geschäft der vom Rechts- und Ordnungsreferat verwalteten Stiftungen dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit übertragen. Als § 5 Abs. 2 Nr. 23 wird neu aufgenommen: „Halbjahresberichte zum operativen Geschäft der vom Rechts- und Ordnungsreferat verwalteten Stiftungen“.

Nachdem der Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht von Mal zu Mal von seinen Aufgaben befreit werde, stellt Stadträtin Mayr den formellen Antrag, diesen Ausschuss aufzulösen. Es solle wieder die alte Systematik, nämlich der Finanz- und Personalausschuss, eingeführt werden.

Dieses Thema müsse im Ältestenrat behandelt werden, so Oberbürgermeister, Dr. Scharpf.

Stadträtin Mayr merkt an, dass dies schon mehrfach im Ältestenrat behandelt worden sei. Bis dato sei aber keine Abstimmung dazu erfolgt. Insofern stellt sie nun in diesem Ausschuss diesen Antrag.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sichert zu, dass die Verwaltung dies aufbereite und in einen des nächsten Ältestenrats einbringe. Die Frage sei aber, ob eine Änderung nicht erst in der nächsten Amtsperiode sinnvoll sei.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0219/23:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

2 .

Vollzug des Ladenschlussgesetzes;

Freigabe von Verkaufszeiten im Altstadtbereich anlässlich des Herbstvolksfestes
am Sonntag, 24.09.2023

(Referenten: Herr Müller, Herr Prof. Dr. Rosenfeld)

Vorlage: V0376/23

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht

Gegen 3 Stimmen:

1. Der Stadtrat nimmt das Umfrageergebnis der Träger öffentlicher Belange
(Anlage 1 – 3) zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat beschließt den Erlass der anliegenden Verordnung über die Freigabe
von Verkaufszeiten im Altstadtbereich am Sonntag, 24.09.2023 (Anlage 4) zu die-
ser Sitzungsvorlage.

3 .

Erlass einer Benutzungssatzung für den Badeplatz im Piuspark

(Referenten: Frau Wittmann-Brand, Herr Müller)

Vorlage: V0310/23

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht

Antrag:

Der Stadtrat beschließt die Benutzungssatzung für den Badeplatz im Piuspark ent-
sprechend der Anlage 1 zu dieser Sitzungsvorlage.

*(Die Benutzungssatzung für den Badeplatz im Piuspark liegt der Niederschrift als An-
lage bei.)*

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltig-
keit vom 04.05.2023:

Stadtrat Dr. Schuhmann teilt mit, dass er eine Anmerkung zum Geltungsbereich der Benutzungssatzung habe. Im § 1 Absatz 1 der Satzung stehe unter anderem an erster Stelle, dass die Stadt Ingolstadt den Badeplatz Piuspark insbesondere zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege unterhalte. Er frage sich, warum dieser Aspekt hier als Erstes genannt werde. Denn im allgemeinen Gebrauch denke beim Schwimmen doch jeder erst einmal an Erholung sowie sportliche Betätigung und nicht an öffentliche Gesundheitspflege. Deshalb regt Stadtrat Dr. Schuhmann an, die Reihenfolge dieser Punkte im § 1 Absatz 1 der Benutzungssatzung zu ändern. Zur Benutzungssatzung als solche führt er aus, dass es sich dabei um eine sehr ausführliche Satzung handle, die praktisch alles abdecke. Demnach unterhalte die Stadt Ingolstadt den Badeplatz im Piuspark, der wie jeder normale See behandelt werde. Insofern gebe es für das Baden keinerlei zeitliche Beschränkung, so Stadtrat Dr. Schuhmann. Dies bedeute, dass man dort auch mitten in der Nacht zum Baden gehen könnte. Realistischerweise werde man sich dort auch treffen und möglicherweise Partys feiern. Aus diesem Grund möchte Stadtrat Dr. Schuhmann in Erfahrung bringen, ob man nicht irgendeine Regelung treffen oder auch in die Satzung aufnehmen könnte, die beispielsweise das Betreten des Badegebietes für alkoholisierte Personen untersage. Er kenne solche Regelungen tatsächlich von anderen Schwimmanlagen wie zum Beispiel von Hallenbädern. Des Weiteren frage sich Stadtrat Dr. Schuhmann wie die Aufsichtigung des Badeplatzes erfolgen solle. Denn in § 2 Absatz 5 der Benutzungssatzung werde angegeben, dass bei Verunreinigungen ein Schadensersatz zu leisten sei. Hierbei möchte er konkret wissen, wie man diese Verunreinigungen feststellen möchte. Denn da der Badeplatz wie ein normaler See behandelt werde, gebe es sicherlich auch keine Aufsicht. Somit würde wahrscheinlich nur ab und zu der Abfall von der Stadt zusammengesucht werden. Stadtrat Dr. Schuhmann halte den Badeplatz im Piuspark zwar für eine super Geschichte, allerdings finde er, dass diese ein wenig zu optimistisch gesehen werde. Auf der anderen Seite möchte er aber auch sagen, dass man das Ganze nicht von Haus aus nur mit Verboten regeln könne.

Frau Wittmann-Brand entgegnet, dass sie die Bedenken von Stadtrat Dr. Schuhmann sehr gut nachvollziehen könne. Allerdings habe man mit dem Badeplatz im Piuspark kein Freibad kreieren wollen, dass dann eine Einzäunung benötigen würde. Auch wenn man dort beispielsweise einen Bademeister installieren würde, müsste man Eintritt zum Badeplatz verlangen. Diese ganzen Aspekte würden dann wiederum die Zugänglichkeit zum Badeplatz beeinträchtigen. Frau Wittmann-Brand ist deshalb der Meinung, dass man von Anfang an auch seitens des Ordnungsamtes ein Auge auf den Badeplatz haben müsste. Dabei sollte man gewisse Kontrollen gerade bei einer hohen Frequentierung des Badeplatzes durchführen, sodass man von Beginn an dort für eine gewisse Ruhe Sorge. Alles Weitere werde sich dann nach einer gewissen Zeit einspielen, so Frau Wittmann-Brand. Sie besitze auch die Hoffnung, dass die Bevölkerung durch die gute Annahme des Piusparks eine gewisse Leidenschaft für die Parkanlage entwickle und diese so vielleicht entsprechend pflege sowie schütze. Frau Wittmann-Brand ist der Ansicht, dass man an dieses Thema mit einem positiven Gefühl herangehen sollte, da man ansonsten nie etwas verändern könnte.

Herr Diepold möchte zu den Ausführungen von Frau Wittmann-Brand ergänzen, dass für den gesamten Bereich über die Benutzungssatzung für den Badeplatz auch die städtische Grünanlagensatzung gelte. Diese Satzung würde auch gewisse Dinge unterbinden, wie zum Beispiel das nächtliche Kampieren. Insofern seien diese Themen nicht in der Benutzungssatzung, sondern in der städtischen Grünanlagensatzung geregelt.

Stadtrat Bannert führt aus, dass in der vorliegenden Satzung vieles klar und deutlich geregelt sei. Er frage sich nur, wer diese Regelungen im Nachhinein akzeptieren werde. Wenn man sich beispielsweise den Baggersee oder den Auwaldsee im Sommer ansehe, dann stelle man fest, was zu dieser Jahreszeit dort alles los sei. Dabei

rede man von teilweiser Vermüllung, von Saufgelagen und von Grillen an nicht offiziellen Grillstellen. Im Endeffekt habe man hier eine gute Satzung vorliegen, so Stadtrat Bannert. Er stelle sich allerdings die Frage, wer die Einhaltung dieser Benutzungssatzung kontrolliere und wer hierfür konkret zuständig sei. Denn im Falle eines Ärgernisses sei es schlecht, wenn man nicht wisse, an wen man sich diesbezüglich wenden solle. Außerdem müsse noch einmal die genaue Badezeit abgeklärt werden. Denn es könne nicht sein, dass bis beispielsweise 23:00 Uhr am Badeplatz im Piuspark gebadet und lärm gemacht werde. Zwar dürfe man die Badezeit nicht allzu stark einengen, aber es sollte wenigstens eine Zeitschiene gebe, bei der man das Baden beispielsweise nach 22:00 Uhr untersage. Somit gäbe es dann auch für den Ordnungsdienst und die Polizei eine konkrete Handlungsaussage, so Stadtrat Bannert. Des Weiteren beinhalte die Benutzungssatzung im § 8 Absatz 1 Nummer 13 die Regelung, dass offenes Feuer, Grillen sowie das Rauchen am Badeplatz untersagt seien. Hierbei ist Stadtrat Bannert gespannt, wie diese Untersagung dann gehandhabt werden solle. Denn es werde überall geraucht und dementsprechend auch am See. Insgesamt kenne man die Theorie und die Praxis, erklärt Stadtrat Bannert. Vorliegend handle es sich zwar um eine gute Satzung, aber Papier sei bekanntlich geduldig.

Stadtrat Pauling begrüße es, dass die Verwaltung gerade in Zeiten, in den die Menschen wenig Geld haben, im Piuspark einen so egalitären Platz schaffe, der für jeden zugänglich und nutzbar sei. Er ist der Meinung, dass man in diesem Bereich vielleicht nicht zu sehr durchgreifen sollte. Denn man müsse auch die schönen Momente sehen, die ein solcher Badeplatz mit sich bringe. Stadtrat Pauling ist der Ansicht, dass dies auch der Grund dafür sei, warum man hier mit pädagogischem Personal arbeiten möchte. So habe man es im vergangenen Jahr im Klenzepark sehen können, als dort Streetworker eingesetzt worden seien. Dort haben im Endeffekt zwei Leute sozusagen eine Hundertschaft ersetzt. Deshalb müsse man sich fragen, ob man hier das Ordnungsamt habe, das immer hinterherlaufe oder ob man hier einen wirklich guten Streetworker einsetze, den man auch so im Pius-Viertel benötigen würde. Dieser könnte sich dann mit den jungen Leuten vor Ort unterhalten und es unter Umständen schaffen, sie so einzubinden. Dies wäre für Stadtrat Pauling ein wünschenswerter Ansatz, den man im besten Fall auch finanziell und mit einem pädagogischen Ansatz langfristig weiterverwerten könnte. Insofern höre sich der Einsatz von pädagogischem Personal erst einmal ein wenig nach Aufblähung der Verwaltung an, aber wie man bereits gesehen habe, können diese Personen im Endeffekt viel erreichen. Dieses Personal werde dann zwar nicht vom Freistaat Bayern bezahlt, sondern von der Stadt Ingolstadt. Aber insgesamt sei es doch nicht relevant, von wem diese Steuergelder am Ende ausgegeben werden. Deshalb sieht Stadtrat Pauling diesen beschriebenen Ansatz als sehr positiv an.

Stadtrat Semle erwähnt, dass wohl jedes Stadtratsmitglied hierzu alle möglichen Szenarien im Kopf habe und natürlich könne dieses Projekt auch schief gehen. Allerdings müsse man sich entweder etwas trauen oder man lasse es sein. Stadtrat Semle möchte daran erinnern, dass es auch im Klenzepark funktioniere. Zumal es dort auch in schwierigen Zeiten funktionieren würde, wenn dort Gruppen feiern und Alkohol zu sich nehmen. Insofern könne man es immer wieder probieren, diese Problematiken einzufangen. Die Frage sei nur, ob sich der Stadtrat dazu traue, erklärt Stadtrat Semle. Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüße jedenfalls dieses Projekt. Denn es handle sich dabei um eine Unterstützung der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, sodass man sich auf jeden Fall trauen sollte, um dies auszuprobieren. Sollte das Projekt dann doch scheitern, könnte man es dann wahrscheinlich auch wieder zurücknehmen.

Stadtrat Wöhrl führt aus, dass man auch ein wenig in die Zukunft schauen sollte. Zum Beispiel werde man sich in diesem Jahr zusammen mit den Kommunalbetrieben im Fränkischen Seenland ein Modell ansehen, bei dem auf das Aufstellen von Abfallheimern im öffentlichen Raum verzichtet werde. Stadtrat Wöhrl kann sich vorstellen,

dass man sich beim Piuspark bestimmt mit dem Thema Abfalleimer als Nächstes befassen müsse. Er ist dabei der Meinung, dass man die Leute dahin erziehen sollte, ihren mitgebrachten Müll auch wieder mitzunehmen. Ob ein solches Modell funktioniere oder nicht, müsse man dann sehen. Wahrscheinlich würde dies auch eine gewisse Kontrolle erfordern. Stadtrat Wöhrl kann sich vorstellen, ein solches Modell mit weniger Abfalleimern im Piuspark auszuprobieren, da es sich dabei um ein neues Gelände handle. Dies müsse allerdings noch nicht gleich angegangen werden. Viel mehr sollte man sich erst einmal ansehen, zu welchen Problemen es jetzt schon komme und wie man diese lösen könne. Nichtsdestotrotz wäre ein solches Modell eine Idee für die Zukunft, bei der man in erster Linie Abfall vermeiden und sich die ewige Diskussion über die Mülleimer sparen könnte. Denn in jedem Bezirksausschuss werden Diskussionen über die Mülleimer und deren Probleme geführt, erklärt Stadtrat Wöhrl.

Bürgermeisterin Kleine berichtet, dass bereits das Landesgartenschaukonzept das Aufstellen von weniger Mülleimern vorgesehen habe. Denn die Idee dahinter sei gewesen, dass man den Müll, den man mitgebracht habe, auch wieder mit nach Hause nehme. Wie dieses Experiment am Ende ausgegangen sei, könne Bürgermeisterin Kleine zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten. Aber rückblickend betrachtet sei eigentlich immer alles in Ordnung gewesen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Gegen 1 Stimme:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Sitzungspause 15:10 Uhr bis 15:21 Uhr

Öffentliche Sitzung

4. Stellenplananträge

4.1 .

Schaffung einer Planstelle im Standes- und Bestattungsamt für die digitale Nacherfassung von papiergebundenen Personenstandsregistern

(Referenten: Herr Müller, Herr Kuch)

Vorlage: V0209/23

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit

Antrag:

Zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben wird nach Art. 68 Abs. 3 Nr. 2 GO eine Planstelle im Umfang von 1,0 VZÄ in A11 mit KW-Vermerk bis 31.12.2024 im Nachtragshaushalt 2023 ausgewiesen und zur sofortigen Besetzung freigegeben.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0334/23.

4.2 .

Stellenplanantrag; Schaffung von einer neuen Planstelle im Straßenverkehrsamt
(Referent: Herr Müller)

Vorlage: V0301/23

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit

Antrag:

Zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben wird in der Führerscheinstelle des Straßenverkehrsamtes eine neue Planstelle im Umfang von 1,0 VZÄ in EG10 mit KW-Vermerk 31.12.2026 im Nachtragshaushalt 2023 geschaffen.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0334/23.

4.3 .

Stellenplanantrag; Schaffung von 1,5 neuen Planstellen im Bereich Einreise und Aufenthalt
(Referent: Herr Müller)

Vorlage: V0302/23

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit

Antrag:

1. Zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben werden nach Art. 68 Abs. 3 Nr. 2 GO 1,5 VZÄ Planstellen im Umfang von 1,0 VZÄ für die Sachbearbeitung Ausländerrecht/ Chancenaufenthaltsgesetz (EG 9a / A 9)

0,5 VZÄ für die Bearbeitung Visum/ Fachkräftezuwanderungsgesetz (EG 9a / A9) im Nachtragshaushalt 2023 ausgewiesen und zur sofortigen Besetzung freigegeben.

2. Die Mittel in Höhe von 44.944 Euro werden zum Nachtragshaushalt 2023 auf den Haushaltsstellen 117000.4* (Amt für Ausländerwesen und Migration, Personalkosten) angemeldet.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0334/23.

4.4 .

Stellenplanantrag: Schaffung einer neuen Personalstelle im Bereich Gesundheitswesen (Referent: Herr Fischer)

Vorlage: V0322/23

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit

Antrag:

1. Zur Erfüllung neu übertragener gesetzlicher Pflichtaufgaben nach § 62 AsylG wird nach Art. 68 Abs. 3 Nr. 2 GO eine befristete Planstelle mit KW Vermerk bis 31.12.2025 im Umfang von 1,0 VZÄ in EG8 / A8 im Sachgebiet 31/1 geschaffen und zur sofortigen Besetzung freigegeben sowie im Nachtragshaushalt 2023 ausgewiesen.
2. Die Mittel in Höhe von 30.655 EUR werden zum Nachtragshaushalt 2023 auf den Haushaltsstellen 501000.4* (Gesundheitsamt/Humanmedizin; Personalausgaben) angemeldet.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0334/23.

4.5 .

Schaffung einer Planstelle im Amt für Gebäudemanagement zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten bei der Umsetzung technischer Energieeinsparmaßnahmen

(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Kuch)

Vorlage: V0334/23

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit

Antrag:

1. Zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben zur Optimierung von Heizanlagen (gem. Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über mittelfristig wirksame Maßnahmen, EnSimiMaV) wird nach Art. 68 Abs. 3 Nr. 2 GO eine Planstelle (1,0 VZÄ) in EG 9a mit KW-Vermerk zum 31.12.2024 im Nachtragshaushalt 2023 ausgewiesen und zur sofortigen Besetzung freigegeben.
2. Die Mittel in Höhe von 29.962,50 € werden zum Nachtragshaushalt 2023 auf den Haushaltsstellen 601400.4* (Amt f. Gebäudemanagement, Personalkosten) angemeldet.

*Die Beschlussvorlagen zum Stellenplan **V0209/23**, **V0301/23**, **V0302/23**, **V0322/23** und **V0334/23** werden gemeinsam behandelt.*

Stadtrat Rehm erfreut über die Umsetzung des Vorschlags seiner Partei zur Kategorisierung der Stellen und spricht seinen Dank an Herrn Kuch aus.

Da es sich hierbei auch um das Standes- und Bestattungsamt handelt, fragt Stadträtin Bulling-Schröter nach, ob bei der Stelle „Ausstellung von Sterbeurkunden“ ausgeholfen werden könne. Die lange Dauer auf das Warten der Urkunde sei nach ihren Worten nicht vertretbar.

Wenn die Kapazitäten beim Tagesgeschäft nicht ausreichend sind, sei grundsätzlich nicht ausgeschlossen, dass verschiedene Stellen zusammenhelfen. Herr Kuch merkt aber an, dass dies in der Entscheidung der Amtsleitung liege. Bei der geschaffenen Stelle mit einem KW-Vermerk bis 31.12.2024 handelt es sich um die digitale Registrierung der Geburten und Eheschließungen. Wenn diese Person im Tagesgeschäft aushelfe, könne nicht gewährleistet werden, dass das Ziel bis Ende 2024 erreicht werden könne.

Herr Müller schließt sich seinem Vorredner an und betont, dass es sich hier um keine Aushilfsstelle handelt. Er informiert, dass in der Sterbefallabteilung neue Kräfte eingesetzt werden und insofern eine spürbare Entlastung zu verzeichnen sei.

Stadtrat Grob spricht sich gegen das derzeitige Prinzip zum Stellenplanantrag aus und verweist hierzu auf seine Ausführungen des letzten Jahres, zu dieser Salomitaktik. Über den Stellenbedarf brauche nicht zu diskutiert werden, da jede hochpriorisiert sei. Stadtrat Grob beantragt in Zusammenhang mit dem Haushalt einen Beschluss zu

fassen, damit alle hinzukommenden und wegfallenden Stellen ersichtlich seien. Er habe Angst, dass in der Stellendiskussion wieder scheinbar allen zugestimmt werde und man sich dann am Jahresende über die extrem vielen Stellen wundere. Dabei verweist er auch auf das Ergebnis der Organisationsuntersuchung zu den Entlastungen und Freistellungen. Weiter geht er auf die Tarifierhöhungen und die extrem hohen zusätzlichen Personalkosten ein. Stadtrat Grob verweist hierzu auf die 15 beschlossenen Poolstellen. Seine Bitte sei eine Überprüfung der beschlossenen Poolstellen, wenn es unbedingt sein müsse, bis September und danach einmal einjährig eine Stellendiskussion zu führen und danach alle Stellen zu beschließen. So können Stellen im Haushalt näher zusammengebracht werden und es sei ersichtlich über welche Mittel gesprochen werde.

Es handelt sich hier nicht um den Haushalt 24, sondern um den Nachtragshaushalt, der in diesem Jahr noch beschlossen werden müsse, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Für diesen habe die Verwaltung ungefähr 100 Stellen angemeldet. Übrig geblieben seien die nun sieben vorgeschlagenen Stellen, welche aufgrund von gesetzlichen Vorgaben und Neuerungen notwendig seien. Dies sei auch der Sitzungsvorlage zu entnehmen. Der eigentliche Stellenplan für den Herbst sei noch nicht eingebracht. Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt mit, dass er hierfür eine Nullrunde angekündigt habe. Er betont, dass nur noch bei absolut notwendigen gesetzlichen Pflichtaufgaben eine Einzelbetrachtung erfolge.

Stadtrat Wittmann weist darauf hin, dass es Stadtrat Grob hier nicht um die einzelnen Stellen gehe. Er habe immer betont, nicht über die einzelnen Stellen zu diskutieren, denn dies sei nicht Aufgabe des Stadtrates. Für Stadtrat Wittmann sei die irgendwann entstehende Gesamtsumme interessant. Er wage die Prognose, dass dies in wenigen Jahren nicht mehr aus dem Verwaltungshaushalt bezahlt werden könne. Momentan habe man noch solide Einnahmen. Eine Mehrung der Gewerbesteuereinnahmen wage er zu bezweifeln. Die große Politik tue alles dafür, dass die wirtschaftliche Lage weltweit global gesehen nicht besser werde. Stadtrat Wittmann verweist auf den großen Personalapparat und die Poolstellen. An Herrn Kuch gewandt regt er an, diese herzunehmen und mit dem jetzt unbedingt benötigten Personal zu besetzen. Weiter verweist er auf die Beschlussfassung der Haushaltsstellen des Freistaates Bayern einmal im Jahr. Auch hier gebe es aufgrund von Gesetzesänderungen zusätzliche Aufgaben. Dies sei die Leistungen der Vorgesetzten mit solchen Aufgaben zurechtzukommen und nicht grundsätzlich neue Stellen, so wie in den letzten drei Jahren sehr großzügig geschehen sei, anzufordern. Denn dies sei mit sehr hohen Kosten, auch

aufgrund der Lohnerhöhungen, verbunden. Hierbei handelt es sich um zweistellige Millionenbeträge, die als eine zusätzliche Belastung auf die Stadt zukommen und geschultert werden müssen. Es brauche nicht über die Lohnerhöhungen zu diskutiert werden, da diese berechtigt seien, aber der Nachtragshaushalt mit sieben Stellen könne nach den Worten von Stadtrat Wittmann anderweitig geregelt werden. Zu den KW-Vermerken merkt er an, dass diese verlängert werden und die nun zu beschließenden Belastungen im Nachtragshaushalt, in den nächsten Jahren im Haushalt seien. Ob die KW-Stellen dann nachvollzogen werden und die Stellen wegfallen, stehe in den Sternen. Ein KW-Vermerk sei immer ein gutes Argument bei einer Schaffung einer neuen Stelle. Weiter verweist er hierzu auf Zuschüsse des Freistaates Bayern und fragt nach, was beim Wegfall des KW-Vermerks passiere. Stadtrat Wittmann halte es nicht für gut, wenn zu Beginn des Jahres sieben Stellen beschlossen werden, wo es seiner Meinung nach andere Lösungsansätze gebe. Er verweist nochmals auf die Poolstellen, welche mit finanziellen Mitteln hinterlegt seien. Diese könne der Personalreferent mit Zustimmung des Stadtrates hernehmen. Dann solle die Entwicklung bis Mitte des Jahres, bei Vorlage des kompletten Stellenplans, abgewartet werden. Somit habe man auch einen Einblick in den Haushalt der nächsten Jahre. Stadtrat Wittmann zeigt sich erfreut über die Aussage von Oberbürgermeister Dr. Scharpf erst einmal eine Nullrunde zu fahren. Seine Fraktion stimme den vorgeschlagenen Stellen nicht zu, weil sie keinen Überblick darüber haben. Es sei bekannt, dass hier Stellen dabei sind, die unbedingt notwendig sind. Er betont nochmals, über einzelnen Stellen nicht zu diskutieren, sondern es gehe darum ob man sich in Zukunft die Verwaltung noch leisten könne. Die logische Konsequenz sei eine Steuererhöhung. Geld können nur für Investitionen aufgenommen werden.

Dies sei nach den Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf ein politisches Schau- laufen. Was anderes habe er von Stadtrat Wittmann nicht erwartet. Stand beim Haushalt 24 sei man nun bei null und weniger gehe gar nicht. Was heute eingebracht werde, sei aufgrund gesetzlicher Veränderungen und Notwendigkeiten, nötig. Oberbürgermeister Dr. Scharpf sichert zu, dass KW-Stellen zugeschaltet werden könne. Es sei aber nicht korrekt, dass heute KW-Stellen versteigt, sondern verlängert werden. Diese Stellen werden aber nicht als dauerhaft anerkannt. Von daher spreche nichts gegen eine Verlängerung, aber nicht gegen eine dauerhafte Verstetigung. Hier- von habe keiner gesprochen und insofern zeigt er sich über die Anmerkungen von Stadtrat Wittmann verwundert.

Die Welt der CSU sei immer ganz einfach, so Stadtrat De Lapuente. Die Frage sei natürlich bei Beantragung von 100 Stellen und den noch sieben Stellen drüber, debattieren diejenigen die dagegen sind sagen, wieso man diese Stelle einsparen sollte.

Stadtrat De Lapuente zeigt sich erfreut über die gute Aufbereitung und Argumentation der Zahlen. Bei den Stellen handelt es sich um zu erfüllende Pflichtaufgaben. Man müsse aber auch klar zu diesen Stellen stehen und diese genehmigen. Die Nullrunde für das Jahr 2024 sei aufgerufen, aber auch hier werden Pflichtaufgaben auf die Stadt zukommen, die der Bund und das Land vorgebe. Nach seinen Worten mache man es sich schon einfach zu sagen, man sei dagegen. Die SPD-Stadtratsfraktion sichert ihre Unterstützung für den vorliegenden Antrag zu.

Stadtrat Deiser stellt in Frage, warum die vorhandenen Poolstellen aufgespart werden sollen.

Herr Kuch geht auf die sachliche und rechtliche Betrachtung der Poolstellen ein. Hier habe der Stadtrat bei der Beschlussfassung im Dezember 2020 klare Regeln vorgegeben. Diese seien bei unvorhergesehen Bedarfen und wo der Stadt ein großer Vorteil entgehe oder ein großer Nachteil entstehe. Die Kriterien für die Poolstellen seien in diesem Fall formal nicht erfüllt. Es sei klar, dass der Stadtrat immer eine Ausnahme seiner Regelungen beschließen könne. Weiter verweist Herr Kuch auf die Gemeindeordnung (Art.68 Abs.3 GO), das unterjährig für den aktuellen Stellenplan immer dann Stellen ergänzend zum beschlossenen Stellenplan zu schaffen seien, wenn zusätzliche gesetzliche Aufgaben entstehen. Diese Kriterien seien in diesem Fall erfüllt. Deswegen sei es formal und juristisch so, dass hier die gesetzlichen Regelungen der stadtinternen Regelung vorangehen. Von der praktischen Auswirkung für den Haushalt sei es aber egal, weil entweder Poolstellen, wo das Budget vorhanden sei, oder aber auch über die 68ger Regelung, wo kein Budget vorhanden sei, dies vornehmen. Aber durch die Gesamtdeckung im Personalhaushalt werde natürlich das Geld für diese Stellen aus dem Gesamtbudget entnommen, wo auch die Poolstellen veranschlagt seien. Dies bedeute für den aktuellen Haushalt sei dies völlig egal, ob es sich um eine Poolstelle oder eine 68ger Stelle handelt. Es werde dafür kein Euro mehr über das Budget ausgegeben. Weiter verweist Herr Kuch auf das Thema Tarifabschluss, wie dieser im Jahr 2023 enthalten sei. Dabei geht er auf die Befürchtungen des Stadtrates, dass dies nicht ausreichend sei, ein. Tatsache sei aber, dass man für den Tarifabschluss 2023 aufgrund der unbesetzten Stellen einen größeren Betrag nicht benötige. Herr Kuch empfehle zusammen mit dem Finanzreferenten beim vorliegenden Nachtragshaushalt 2023, beim Gesamtansatz für die Personalkosten sogar

um eine Millionen Euro runterzugehen, weil der Tarifabschluss im Jahr 2023 nicht so hoch ausgefallen sei. Das viele Stellen unbesetzt seien, hänge mit dem Fachkräftemangel zusammen. Dies beziehe sich auch auf die Behandlung von KW-Stellen. Insofern schließt sich Herr Kuch den Ausführungen von Oberbürgermeister Dr. Scharpf an, bei Betrachtung der Beschlussvorlage. Es werde keine einzige im Jahr 2023 auslaufende Stelle verstetigt. Es werde nur ein KW-Vermerk vollzogen und bedeutet, dass diese Stelle wegfallende und in vierzig anderen Fällen habe Herr Kuch empfohlen diese zu verlängern. Dies habe teilweise einen sachlichen Grund, hänge aber auch mit der ausgerufenen Nullrunde zusammen. Es liege in der Hand des Stadtrates über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Herr Kuch plädiert für einen sachlichen Umgang.

Stadtrat Schäuble begrüße das Vorgehen von Oberbürgermeister Dr. Scharpf, die Zurückhaltung mit der Nullrunde auch im Stellenplan durchziehen und nur das aller notwendigste zu behandeln. Bei Betrachtung der KW-Stellen sei ersichtlich, dass viele Stellen einen Entfall, ohne die Nullrunde, gehabt hätten. Dies sei die eigentliche Empfehlung die dahinterstecke und aufgrund der Nullrunde werde dies sehr gering vollzogen. Diesen geringen Verzug habe man auch schon im Jahr 23 gehabt. Wenn Stadtrat Schäuble dies aus zwei Zeitpunkten interpretiere, habe man die Tendenz, dass die meisten KW-Stellen eigentlich eher weniger Stellen seien, sondern eine vorgezogene Schaffung von Stellen. Der Entfall stelle eine absolute Ausnahme dar. Seines Erachtens sei es wichtig nochmals darüber zu sprechen, dass dies künftig nicht die Regel sei. Es sollen nicht KW-Stellen geschaffen werden, auch wenn man vorhabe den KW-Vermerk zu vollziehe, also die Stellen entfallen zu lassen, um hier noch eine klarere Stellensituation zu schaffen. Weiter verweist er auf die Art der Bereinigung der KW-Situation in der Vergangenheit. Nach dem Gefühl von Stadtrat Schäuble entwickle man sich nun wieder in eine andere Richtung, die KW-Stellen aufzubauen. Dies sei seines Erachtens für den Stellenplan insgesamt von der Deutlichkeit und der Beschlusskraft nicht vorteilhaft. Deswegen solle nochmals dringend über die künftige Behandlung der KW-Vermerke gesprochen werden.

Hier handelt es sich um kein politisches Schaulaufen, sondern es sei die Notwendigkeit auf die künftigen Probleme hinzuweisen, so Stadtrat Wittmann. Es könne auch nicht sein, dass 93 Stellen beschlossen worden seien ohne zu sagen, dass diese wichtig sind und die letzten sieben Stellen seien dann absolut wichtig. Stadtrat Wittmann gehe davon aus, dass die 93 Stellen genauso wichtig seien. Er fragt nach ob

der Stadtrat in der Vergangenheit Stellen beschlossen habe, die nicht notwendig gewesen seien. Davon gehe er aus und insofern wolle er nicht über die einzelnen Stellen diskutieren, denn dies sei nicht Aufgabe des Stadtrates. Aber man müsse schon die Frage stellen, ob man sich den gesamten Verwaltungsapparat auf Dauer so leisten könne. Die Argumentation, dass die vorgesehen Mittel aus 23 nicht benötigt werden verstehe Stadtrat Wittmann nicht. Es könne nicht 23 eine Abschlagszahlung erfolgen und die Gehaltserhöhungen kommen erst ab dem 24. Diese seien schon Bestandteil der Personalkosten. Denn wenn über den Haushalt 24 gesprochen werde, müsse selbstverständlich diese Erhöhung mit einkalkuliert werden. Weiter fragt Stadtrat Wittmann nach, warum keine Poolstellen hergenommen werden, wenn es keine Rolle spiele, denn das Geld dafür, sei ja vorhanden. Der Stadtrat könne seine eigenen Richtlinien selbstverständlich ergänzen und abändern. Früher sei der Haushalt auch ohne Poolstellen aufgestellt worden. Es gehe vieles, wenn man will. In einem solchen großen Verwaltungsapparat sieben Stellen unterzubringen sei seines Erachtens keine Herausforderung. Wenn Herr Kuch zugestehe, dass diese in den Haushaltsmitteln 23 eingestellt seien und Poolstellen dafür hergenommen werden, dann sichert Stadtrat Wittmann seine Zustimmung für die Stellen zu. Wenn aber die Poolstellen für etwas Wichtiges vorgehalten werden und nun neue Stellen beschlossen werden, dann tue er sich hart mit der Zustimmung. Ungeachtet dessen könne die Mehrheit des Stadtrates das beschließen, was sie für richtig erachte.

Hierbei handelt es sich um zwei unterschiedliche paar Schuhe, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Bei der Argumentation, dass sonst immer irgendwie ein Haushalt aufgestellt worden sei, verweist er auf andere Zeiten und eine andere Anzahl an Personal in der Stadtverwaltung, die nicht im Stellenplan hinterlegt gewesen seien. Dies sei korrigiert worden und es liege nun ein Stellenplan vor, wo jeder abgebildet ist. Dies bittet Oberbürgermeister Dr. Scharpf zur Kenntnis zu nehmen. Da kein einziger Einsparungsvorschlag vorgelegt werde, finde er die Debatte ärgerlich. Die Menschen in der Stadtverwaltung werden benötigt, weil viele Aufgaben vom Land und Bund aufgebürdet und viele Anträge aus den Reihen der Stadträte vorgelegt werden.

Stadtrat Semle stimme den sieben beantragten Stellen zu, weil diese wohlbegründet seien. Die Information, dass es sich um den Restbestand der 100 beantragten Stellen handelt, sei wichtig. Hier sei auch der deutliche Wille der Stadtverwaltung zu erkennen, die eigenen Stellenbeantragung kritisch zu hinterfragen. Weiter verweist Stadtrat Semle auf den Sinn dieses Ausschusses. Insofern halte er die Beibehaltung dessen für sinnvoll.

Herr Müller verweist auf die Verständigung im Ältestenrat zum Verfahrensablauf. Er informiert, dass Herr Kuch mit den Fachreferaten seit dem Jahreswechsel permanent in Stellengespräche, Absprachen und Vorberatungen sei. Es sei sich an zwei Runden orientiert worden. Zum einen beim Nachtragshaushalt 23 im Mai und im Herbst 23 für den Haushalt 24. Wenn nun alles in den Herbst geschoben werden solle, hänge man auch fachlich wieder in der Luft. Herr Müller betont, dass dies ein Motivationsproblem auf Verwaltungsebene sei.

Stadtrat Grob habe ganz hohe Erwartungen an die aufgabenkritische Überprüfung gesetzt. Er fragt nach, warum nicht zuerst mit Beschluss des Stadtrates dies über Poolstellen abzubilden sei und danach mit den energetischen Gewinnen aus der kritischen Überprüfung auszugleichen. Dies sei ein Zeichen in der jetzigen Zeit, die Stellen aus dem Pool zu entnehmen und dann egalisiert und mit den Aufgaben aufrechnet, die eine kritische Berechnung erbringen.

Ganz egal ob Herr Kuch über die Poolstellen abbilde oder über die 68er Stellen im Nachtrag, beides werde im Stellenplan 24 als reguläre Stelle betrachtet. Insofern verstehe er die angesprochene Thematik nicht ganz. Poolstellen seien die besseren politisch-konsensfähigen Stellen als die Stellen nach 68 Absatz 3 der Gemeindeordnung. Herr Kuch erinnert an seinen Eid. Aus gesetzlicher Aufgabenmehrung gebe es einen eindeutigen Tatbestand in der Gemeindeordnung, den er nicht mit innerstädtischen Regelungen zu Poolstellen vom Tisch wischen könne. Wenn der Stadtrat aber beschliesse, dass er keine „68er Stellen“ sondern Poolstellen wolle, werde er dies auf Anweisung umsetzen.

Herr Fleckinger verweist auf das Projekt zur Aufgabenkritik und hierzu auf den Bereich der Kämmerei und der Zentralbuchhaltung. Diese Beispiele zeigen auf, dass man hier sicherlich noch neue Planstellen im Bereich der Pflichtaufgaben benötige. Hierüber habe er Oberbürgermeister Dr. Scharpf bereits informiert. Da man hier im Pflichtaufgabenbereich sei, helfe ihm nicht das Ausrufen der Nullrunde. Es handelt sich hier nicht um freiwillige Leistungen oder eine Kür, sondern absolut um Pflichtaufgaben. Im Hinblick auf die Mitarbeiter und das Betriebsklima bittet Herr Fleckinger um Unterstützung dieser Vorlage. Das differenziert und priorisiert werden müsse, sei klar. Dies werde auch so gehandhabt. Aber in seinem Bereich benötige er die Seitens von Herrn Kuch zugesagte Unterstützung auch im Hinblick auf die Grundsteuerreform.

Wenn gesetzliche Aufgaben vom Land auf die Kommunen übertragen werden, müssen diese auch irgendwo geschultert werden, so Stadtrat Höbusch. Die Thematik eigne sich um in den Haushaltsdebatten entsprechende Angst zu verbreiten. Es sei klar, dass man in den nächsten Jahren mit einer Defizitfinanzierung, bzw. mit Krediten zu rechnen sei. An seine Kollegen gewandt bittet Stadtrat Höbusch zu beachten, dass der Stadtrat die Aufgabe und die Verpflichtung gegenüber der Bürgerschaft habe, eine funktionierende Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Wenn er die Belastung der Mitarbeiter kommuniziert bekomme, frage sich Stadtrat Höbusch wo das Problem bei der Genehmigung der sieben Stellen liege. Auch er erkundigt sich zu den Verbesserungsvorschlägen.

Diese Diskussion sei nach den Worten von Stadtrat De Lapuente etwas grotesk. Vor zwei Jahren habe man die Poolstellen nicht auf Wunsch, sondern von Seiten des Gesetzgebers erhalten. Wenn diese Stellen unter dem Jahr befüllt werden sollen, müssen diese irgendwie abgebildet werden. Deshalb habe man diese Poolstellen bekommen. Damals habe die CSU-Fraktion darauf hingewiesen, dass diese Poolstellen gefährlich seien, weil der Personalreferent selbst darüber entscheiden könne. Weiter verweist Stadtrat De Lapuente auf die hohe Anzahl der Stellen mit KW-Vermerk. Diese waren seines Erachtens deutlich zu hoch und nicht im Stellenplan eingezeichnet. Die Verwaltung habe sich nun sehr viel Mühe gemacht, diese Stellen im Stellenplan richtig einzuarbeiten. Nun sei eine deutliche Reduzierung zu verzeichnen. Jetzt werde zur Diskussion gestellt, diese KW-Stellen nochmal um ein Jahr zu erhöhen. Insofern halte Stadtrat De Lapuente das Ganze für grotesk.

Stadtrat Mittermaier zeigt sich erfreut über die gradlinige und transparente Form des Stellenplans. Die SPD-Stadtratsfraktion vertraue der geleisteten Arbeit. Er betont, dass man nicht in der Freien Wirtschaft sei, wo bestimmte Tätigkeiten verschoben werden können. Die Stadt habe die Verantwortung dementsprechend zu handeln. Nach seinen Worten sei es recht, wenn einmal im Jahr ein politisches Störfeuer von der einen oder anderen Fraktion losgelassen werden. Irgendwann müsse man doch anerkennen, dass der transparente Weg und im Rahmen dessen was umgesetzt werde, eher ein Dank als ständiges Misstrauen, angebracht sei.

Stadtrat Lange spricht seinen Dank an die Stadtspitze aus und zeigt sich erfreut über den anderen Weg, wie in der letzten Wahlperiode. Hier sei immer wieder an die Stadträte herangetragen worden, dass es Überlastungen gebe. Er merkt an, dass die

Stadtspitze nicht darauf reagieren wollte und einmalig im Jahr einen Stellenplan vorgelegt habe. Die Stadträtinnen haben kaum Einflussmöglichkeiten auf diese Diskussionen gehabt. Heute erlebe Stadtrat Lange Transparenz in dieser Diskussion und es werde über Pflichtaufgaben diskutiert. Es sei nicht nachvollziehbar, dass dies überhaupt in Frage gestellt werde. Stadtrat Lange zeigt sich erfreut über diese Transparenz zur Stellenbeschaffung im Hinblick auf die Pflichtaufgaben.

Stadtrat Stachel glaube das die Angst, dass das Geld nicht reiche, schon zurecht sei. Es müsse schon für einen ausgeglichen Verwaltungshaushalt gesorgt werden und es sei auch bekannt, dass die Personalkosten in Zukunft Folgelasten mit sich bringen, die zu bestreiten seien. Insofern müsse man sich intensiver mit dem Thema Personalkosten auseinandersetzen. Stadtrat Stachel finde es nicht schlimm, wenn kontroverser und auch engagierter diskutiert werde. Er habe des Öfteren die Aussage gehört, dass die Nullrunde für das Jahr 24 mit der Einschränkung, die Pflichtaufgaben zu erfüllen, stehe. Dem stimme Stadtrat Stachel zu. Im Gegenzug bedeute dies aber auch unter diesen Gesichtspunkten, dass es für andere Dinge die „Nice to have“ keinen Spielraum gebe. Stadtrat Stachel spricht sich für die Nullrunde 24 aus, den Nachtrag mit den sieben Stellen, stimme er mit der Faust in der Tasche zu. Seines Erachtens sei die Lösung mit den Poolstellen nur ein Spiel, weil diese Stellen sowieso im Jahr 24 wieder vorhanden seien. Für Stadtrat Stachel sei es wichtig, dass mit der Personalmehrung kritisch umgegangen werden müsse. Er glaube aber nur wenn der Druck einigermaßen groß sei, erziele man am Schluss ein Ergebnis, dass zu vertreten sei und man den Mitarbeitern der Verwaltung gerecht werde. Die Gratwanderung habe man zu gehen und dies sei Aufgabe des Stadtrates. Stadtrat Stachel sichert Zustimmung zu, auch wenn es ihm schwerfalle. Ihn überzeuge aber die vorgetragene Argumentation. Er wolle auch nicht wie Stadtrat Wittmann eine Diskussion der einzelnen Stellen, denn hierfür sei der Personalreferent zuständig.

Nachdem auch die KW-Stellen mitdiskutiert worden seien merkt Herr Engert an, dass nicht der Eindruck entstehe, dass die Verwaltung KW-Stellen schaffe, die sie sonst nicht bekomme. Er betont, dass ein Großteil dieser KW-Stellen in Zusammenhang mit einem staatlichen Förderprogramm verbunden sei. Dies seien die klassischen KW-Vermerke und es werde das jeweilige staatliche Programm angepasst. Hierbei handelt es sich selten um Stellen die der Verwaltung gehören.

An Stadtrat De Lapuente gewandt teilt Stadtrat Wittmann mit, dass die Poolstellen nicht vom Gesetzgeber vorgegeben seien, sondern diese der Stadtrat beschlossen habe. Er verstehe nicht warum es ohnehin egal sei, ob Poolstellen hergenommen

werden oder nicht. Er akzeptiere das Vorgehen aber. Die Anschuldigungen von Stadtrat Lange zur letzten Wahlperiode weise er vehement zurück. Weiter betont er, dass in seiner gesamten Stadtratszeit keine sogenannten Oppositionseinsparvorschläge gekommen seien. Dies sei gar nicht möglich, weil man keinen Einblick in die einzelnen Referate und Ämter habe. Diese Vorschläge können aus der Verwaltung kommen und der Stadtrat stimme diesen dann zu. Dies sei der korrekte Weg dafür. Bei vernünftigen und vertretbaren Einsparungsvorschlägen, werde seine Fraktion nicht dagegen sein. Aber wenn so weitergemacht werde, gerade mit den Personalkosten und den Ausgaben im Verwaltungshaushalt, dann werde man in den nächsten Jahren mit erheblichen Problemen rechnen müssen. Fraglich sei auch, ob noch ein Ausgleich zum Verwaltungshaushalt erzielt werden könne. Denn es gebe jetzt schon kaum eine Zuführung. Bei dieser marginalen Zielführung in der Mittelfristplanung, wenn diese im Schwankungsbereich liege, habe man die Situation, dass die Investitionen der Stadt über Kredite finanziert werden müssen. Wenn die Situation entstehe, dass im Verwaltungshaushalt die anstehenden Kosten nicht mehr getragen werden können, dann müsse man sich die Frage stellen, wo das Geld herkomme. Dies sei die Sorge und der Grund warum die CSU-Stadtratsfraktion dieser scheinweisen Beantragung von Stellen nicht zustimmen werde. Es sei die Pflicht der Stadträte darauf hinzuweisen.

Die Verwaltung vollziehe die Beschlüsse des Stadtrates, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Die Verwaltung werde kaum zu den seitens des Stadtrates beschlossenen Aufgaben Vorschläge unterbreiten um diese zu entzerren oder gar wegfallen zu lassen. Der Stadtrat solle nicht nur Aufgaben beschließen, sondern auch Vorschläge unterbreiten.

Es sei für Herrn Kuch selbstverständlich im Rahmen der Gesetze transparent und entsprechend zu beraten. Gerade das Thema KW-Stellen sei nochmals intensiv beleuchtet worden. Deswegen sehe er es als seine Pflicht, den Stadtrat daran zu erinnern. Es sei nicht so, dass es einen Automatismus gebe, dass aus KW-Stellen früher oder später Stellen werden. Bei den 41 Stellen, wo Ende 23 der KW-Vermerk auslaufe, habe man acht Stellen ermittelt, bei denen eine Verstetigung ersichtlich sei und aufgrund der Nullrunde nochmal um ein Jahr geschoben werden. Bei allen anderen von diesen 40 Stellen gebe es sachliche Gründe, für die Verlängerung des KW-Vermerks. Er bittet die Ausschussmitglieder sich bei KW-Vermerken bewusst zu machen, dass auch irgendwann die Bereitschaft bestehen müsse, anhand objektiver Kriterien zu entschei-

den. Die Entscheidung obliege ausschließlich dem Stadtrat. Bei den vorliegenden sieben Stellen seien die KW-Vermerke wohlbegründet. Hierbei handelt es sich um entweder befristete Aufgaben, oder um Aufgaben die mit einer staatlichen Förderung in Zusammenhang stehen. Hier sei es auch Aufgabe des Stadtrates, ob mit Auslaufen der staatlichen Förderung, die Stelle verstetigt werde. Zum Vorwurf, dass nur das Jahr 2023 beachtet werde und die Erhöhung im Jahr 2024 außen vorgelassen werde, sei Herr Kuch auch zur Transparenz bereit. Es sei klar, wenn diese Anpassung im Stellenplan 23 eingebracht werde, über den Nachtrag dann auch zu einer Anpassung im Budget führe. Dann sei dieser angepasste Budgetumfang auch die Grundlage für die Hochrechnung im Jahr 24. Dies sei dann unseriös und es könnten auch die Vorwürfe entstehen, dass im Jahr 23 nicht angepasst werde und die Hochrechnung für das Jahr 24 dem Budgetstand zugrunde lege. Herr Kuch betont, dass keine unterjährige Anpassung erfolge, um eine solide Grundlage für den Haushalt 24 zu erhalten.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über die Beschlussvorlage V0209/23:

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Abstimmung über die Beschlussvorlage V0301/23:

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Abstimmung über die Beschlussvorlage V0302/23:

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Abstimmung über die Beschlussvorlage V0322/23:***Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:***

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Abstimmung über die Beschlussvorlage V0334/23:***Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:***

Gegen 4 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion, Stadträtin Mayr):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:

Gegen 3 Stimmen (CSU-Stadtratsfraktion):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

5 .

Richtlinie zur Förderung des Einsatzes von Pädagogischen Qualitätsbegleiterinnen und Qualitätsbegleitern (PQB) in Kindertageseinrichtungen und (Groß-) Tagespflegestellen

(Referenten: Herr Engert und Herr Kuch)

Vorlage: V0134/23

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit

Antrag:

Der Schaffung einer Planstelle (Umfang 1,0 VZÄ in S15) mit KW-Vermerk 31.12.2024 für eine zweite Pädagogische Qualitätsbeauftragte (PQB) im Nachtragshaushalt 2023

wird zugestimmt. Die Genehmigung erfolgt vorbehaltlich des noch ausstehenden Förderbescheides des Freistaates Bayern.

Stadträtin Bulling-Schröter fragt nach, ob die Großtagespflegen städtisch betrieben werden, da diese größtenteils an die mobile Familie angegliedert seien.

Bei den Großtagespflegen handelt es sich um private Einrichtungen, bzw. um freie Träger, welche städtisch bezuschusst werden, so Herr Engert. Dies schließe aber eine pädagogische Qualitätsbegleitung nicht aus. Hier handelt es sich nicht um die Kontrolle, sondern um die Begleitung. Dies sei der Wunsch der Einrichtung. Es sei nicht auszuschließen, dass eine pädagogische Qualitätsbegleitung auch einer Großtagespflegestelle zugutekommen könne. Herr Engert verweist hier auf das Förderprogramm des Landes zur pädagogischen Qualitätsbegleitung. Hier sei eine neunzigprozentige Übernahme der Personalkosten gewährleistet. Gerade in den Einrichtungen die übertoll sind und einen wahnsinnigen Druck haben, habe sich diese Qualitätsbegleitung als hilfreich herausgestellt.

Stadträtin Mayr fragt nach, unter welcher Situation die Großtagesstelle betrieben werde und ob die Mitarbeiter dort angestellt seien oder dies auf selbständiger Basis betrieben werde.

Die Mitarbeiter der Großtagespflegestelle sind selbständig, so Herr Engert. Die Finanzierung erfolgt über das Jugendamt, wie auch die Kontrolle. Angedockt sei hier die mobile Familie. Auf die Anfrage von Stadträtin Bulling-Schröter, ob hier die Vergütung weniger als der Tariflohn betrage teilt Herr Engert mit, dass er dies nicht beantworten könne, weil diese ja selbständig seien.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht:

Gegen 1 Stimme (Stadträtin Mayr):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Abstimmung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

6 .

Neue Fachkräfte für die bayerischen Kitas - das neue modulare Gesamtkonzept für die berufliche Weiterbildung in Kindertageseinrichtungen

(Referenten: Herr Engert und Herr Kuch)

Vorlage: V0329/23

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit

Antrag:

1. Der Installierung einer internen Weiterqualifizierung für Assistenzkräfte zu Ergänzungskräften (Block B des neuen modularen Gesamtkonzeptes) wird zugestimmt.
2. Um die Funktion der Multiplikatorin erfüllen zu können, wird zur Fortführung des jetzigen Aufgabenfeldes, im Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung eine Planstelle (Umfang 0,5 VZÄ) mit KW-Vermerk 31.12.2025 im Nachtragshaushalt 2023 geschaffen. Vorbehaltlich der noch ausstehenden Prüfung durch die Organisation, wird diese Stelle in S15 eingruppiert.
3. Die Teilnahmegebühren für die Qualifizierung zur Tagespflegeperson, bzw. Assistenzkraft beginnend von 01.01.2023 bis 31.12.2025 werden auf Antrag und nach halbjährlicher Tätigkeit entweder in einer Ingolstädter Kindertageseinrichtung als Assistenzkraft oder als Kindertagespflegeperson für Ingolstädter Kinder erstattet.
4. Die Teilnahmegebühren für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Ergänzungs- oder Fachkraft durch externe zertifizierte Multiplikatorinnen oder Multiplikatoren (sofern intern keine Plätze verfügbar sind) beginnend von 01.01.2023 bis 31.12.2025 werden auf Antrag nach einer einjährigen Tätigkeit (mit mindestens 19,5 Wochenstunden) in einer Ingolstädter Kindertageseinrichtung zu 50% erstattet nach weiteren zwei Jahren insgesamt zu 100% erstattet.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Abstimmung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

7 .

Überprüfung von KW-Stellen für den Stellenplan 2024

Vorlage: V0331/23

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht

Antrag:

Die Verlängerung des KW-Vermerks bei 40,0 Planstellen (VZÄ) sowie der Vollzug des KW-Vermerks bei 1,0 Planstellen (VZÄ) werden wie in der Anlage dargestellt, umgesetzt.

Damit Stadtrat Wittmann nicht missverstanden werde stellt er klar, dass es sich hierbei um die KW-Stellen zum Wegfall oder zur Verlängerung handelt. Er betont, dass es wesentlich mehr KW-Stellen im Stellenplan der Stadt gebe.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Abstimmung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

8 .

Bericht zum Projekt „Einführung Geschäftsprozessmanagement“ und Folgeaktivitäten

(Referent: Herr Kuch)

Vorlage: V0333/23

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht

Antrag:

Die Ausschüsse für Verwaltung, Personal und Recht und für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit nehmen den aktuellen Stand nach dem Projektabschluss und der Weiterentwicklung zum kontinuierlichen Prozessmanagement zur Kenntnis.

Die Mitglieder des **Ausschusses für Verwaltung Personal und Recht** und des **Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit** nehmen den aktuellen Stand zum kontinuierlichen Prozessmanagement **zur Kenntnis.**

9 .

Sportentwicklungsplan für die Stadt Ingolstadt, Abschlussbericht; Verabschiedung der Leitziele, Handlungsempfehlungen und Maßnahmen

(Referentin: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll)

Vorlage: V0291/23

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht

Antrag:

1. Der Abschlussbericht zur Sportentwicklungsplanung wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Die im Abschlussbericht dargestellten erarbeiteten Ziele und Maßnahmen, die durch die Lenkungsgruppe verifiziert wurden, werden entsprechend ihrer Priorisierung mit dem jeweiligen Umsetzungshorizont als Zielvorgaben beschlossen.
3. Die Umsetzung und Verstetigung eines überwiegenden Teils der Maßnahmen im Bereich der Sport- und Bewegungsangebote, der Vernetzung und Kooperation, der Sportvereinsentwicklung und der Sport- und Bewegungsräume erfolgt vorbehaltlich der Schaffung zweier Stellen im Amt für Sport und Freizeit (Anlage 2).
4. Das Amt für Sport und Freizeit evaluiert den weiteren Prozess und berichtet in zweijährigem Rhythmus über die Umsetzung der Maßnahmen.
5. Die Aufgaben der Lenkungsgruppe sind abgeschlossen.

Stellungnahme des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit vom 25.04.2023:

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist auf den langen Beteiligungsprozess. Der Sportentwicklungsplan gebe einen Überblick über die sportliche Landschaft in Ingolstadt. Erfreulich sei, dass Ingolstadt im Großen und Ganzen gut aufgestellt ist. Es werden aber die Punkte wo Handlungsbedarf gegeben sei, aufgezeigt. Die Vereine seien großartige Stützen des Sportlebens in Ingolstadt. Im Hinblick auf die Kooperation zur Gewinnung von Ehrenamtlichen könne noch nachgebessert werden. Auch

das Thema Bewegungsräume im öffentlichen Raum und auch die Öffnung von Schulhöfen, seien hier mitdiskutiert worden. Es wäre sehr schade, wenn dieser Prozess nicht weitergeführt werde, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Andere Dinge, wie z. B. das Thema Schwimmbäder seien bereits in der Pipeline.

Frau Dr. Thurn von IKPS geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf die Ergebnisse des Sportentwicklungsplanes ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Stadtrat Ettinger spricht seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Er habe es sehr wertschätzend empfunden, dass sich Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an den Lenkungsgruppen beteiligt habe. Dies sei seines Erachtens nicht selbstverständlich. Stadtrat Ettinger habe die Atmosphäre nicht nur als angenehm, sondern als inspirierend empfunden. Dies sei eine perfekte Mischung aus Begegnungen und Arbeit gewesen. Nur ein kleiner Aspekt stellvertretend für die vielen Erkenntnisse war, wie junge Menschen für einen Vorstandsposten gewonnen werden können. Ergebnis sei hier eine limitierte Vorstandssitzung von 45 Minuten.

Stadtrat Schidlmeier schließt sich dem Dank seines Vorredners an. Er merkt auch an, dass es sich um eine angenehme Zeit, welche manchmal aber auch anstrengend gewesen sei, gehandelt habe. Die Ergebnisse lassen sich aber auf alle Fälle sehen. Gerade in der Nach-Corona-Zeit sei eine deutliche Veränderung der Menschen erkennbar. Diese streben wieder nach außen und wollen Spaß und Freude haben, und sich vergnügen und sportlich betätigen. Mit dem Sportentwicklungsplan sei eine ganz wichtige Basis geschaffen worden, um die Bedürfnisse der Bevölkerung entsprechend zu befriedigen. Bewegung sei Lebenssinn, bringe Freude und Gesundheit. Dies sei nicht nur eine Aufgabe der Kommune, der man gerne nachkomme, sondern auch eine interkulturelle Aufgabe. Stadtrat Schidlmeier spreche dies gerade in Zusammenhang mit dem Schwimmen an, denn hier gebe es mit Sicherheit noch Defizite. Insofern müsse hier das Leistungsangebot verbessert werden, um mehr interkulturelle Schwimmangebote anzubieten. In diesem Zusammenhang sei Stadtrat Schidlmeier auch aufgefallen, dass der Stadtrat kein Spiegel der Gesellschaft sei, da Ingolstadt einen hohen Migrationsanteil habe. Es solle auch daran gearbeitet werden, die sehr umfangreiche Bevölkerungsgruppe, die ganz verschiedene Ausprägungen habe, mit einzubeziehen. Dies sei eine Aufgabe für die Zukunft.

Stadtrat De Lapuente weist darauf hin, dass sich die Parteien zu Beginn der Periode darauf geeinigt haben, einen Sportentwicklungsplan auszuarbeiten. Der erste Schritt sei nun nach drei Jahren, diesen zu Papier gebracht und ein Fundament geschaffen zu haben. Damit sei es aber noch nicht getan, denn die Umsetzung erfolge jetzt. Das Sportamt werde sicherlich vieles mitentwickeln müssen. Er regt an, die nächsten drei Jahre für die Umsetzung der Maßnahmen zu nutzen. Vielleicht gehe es sogar schneller.

Stadtrat Over spricht auch seinen Dank an Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll für die leidenschaftlichen Ansporne der abendlichen Workshops aus. Er möchte noch einmal hervorheben, dass er sich bei allen Beteiligten dafür bedanke, dass diese die Wertigkeit und die Wichtigkeit von Schutzkonzepten gegen sexualisierte Gewalt mit aufgenommen haben. Stadtrat Over stelle mit Freude fest, dass der Verein Wirbelwind es geschafft habe, die Empfehlung zu einem derartigen Schutzkonzept zu installieren.

Stadträtin Kürten denkt, dass das größte Pfund das mit diesem Sportentwicklungsplan geschaffen worden sei, der Weg sei, der manchmal das Ziel ist. Dieses Zusammensitzen und auch die Gespräche mit den Vereinen, das sich Kennenlernen, habe ihr am

besten gefallen. Der Sportentwicklungsplan sei nun sehr viel Papier. Man werde sehen, wie die Umsetzung, auf die sich Stadträtin Kürten freue, weitergehen könne. Weiter fragt sie nach, wie den Vereinen dieser Prozess gefallen habe.

Obwohl Stadtrat Mißbeck anfangs skeptisch diesem Werk gegenübergestanden sei, revidiere er dies und zeige sich nun erfreut über diese tiefgehende Arbeit. Fraglich sei aber wie nun diese Seiten in den Vereinen umgesetzt werden. Wie werde damit umgegangen, dass nicht nur in diesem Kreis, sondern auch in der Praxis dies in der Breite erkannt und diskutiert werde. Dies sei für die Vereine, auch für die nachkommenden Generationen und alle Mitglieder ein Richtfaden. Weiter fragt Stadtrat Mißbeck nach, mit welcher Priorität diese Dinge in den kommenden Haushalt mit einfließen werden. Die Prioritätenliste sei gegeben und dies sei sicherlich eine Diskussionsgrundlage für die Vereine, die dies letztendlich betreffe. Hier seien sicherlich noch Gespräche notwendig. Weiter verweist er Bevölkerungswachstum in den neuen Vierteln, wo neue Schulen benötigt werden und auch Sporthallen etabliert werden müssen. Das Konzept Schule und Sporthalle sei sicherlich ein sinnvolles Tandem. Er fragt nach, ob es hier ein weiterführendes Konzept aus den zuständigen Referaten gebe. Die Sport- und Freizeitgestaltung sei ein ganz wesentlicher Faktor der Gesellschaft.

Nach den Worten von Herrn Nixdorf ist der Sportentwicklungsplan für die Vereine ein Fundament, auf dem aufgebaut werden könne. Damit haben die Vereine ein Werkzeug an die Hand bekommen, um zusammen mit der Stadt einen Mehrwert zu generieren und sich in Zukunft daran zu orientieren. Da die meisten seiner Vereinskollegen daran mitgewirkt haben, sind auch die verschiedenen Anregungen der Vereine und Stadtteile berücksichtigt. Jeder Verein hat seine Probleme, aber viele Probleme haben die Vereine gemeinsam. So können diese zukünftig auch gelöst werden. Auf Anfrage von Stadträtin Kürten teilt Herr Nixdorf mit, dass bei diesen Workshops manche Stadträte jetzt erst mal mitbekommen haben, was in den Vereinen tiefgründig sei und welche Sorgen und Nöte diese haben. Der Sportentwicklungsplan werde die Vereine begleiten und dieser werde stetig weitergeschrieben. Herr Nixdorf gehe davon aus, dass man in den nächsten drei Jahren bereits die erste Maßnahme bemerke und dies ein Mehrwert für die Vereine der Stadt sei. Herr Nixdorf spricht seinen Dank von Seiten der Vereine an alle Beteiligten aus.

Herr Dollinger schließt sich den Dankesworten seines Vorredners an. Auch er habe diesen intensiven Austausch in den Workshop als positiv empfunden. Die Aufgabe sei nun die Fortschreibung des Sportentwicklungsplanes, auch im Zeichen der Nachhaltigkeit.

Es stelle sich ganz klar die Frage, wie es nun weitergehe. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert zu, dass an den Themen weitergearbeitet werde. Einiges werde über andere Ämter wie den Schul- und Baubereich umgesetzt werden. Ein Teil davon sei das strategische Immobilienmanagement. Insofern sei dieses Produkt aus einem Guss. Es gebe aber auch Themen die nicht gleich mit voller Power bewältigt werden können. Dabei spricht sie z. B. das Thema Sport-Portal bzw. Kooperationen an. Hierzu verweist sie auf die entsprechenden Personalkapazitäten im Sportamt und die entsprechenden Mittel aus dem Haushalt

Aus der Vorlage sei ersichtlich so Herr Diepold, welche Themenbereiche identifiziert werden, die momentan ohne zusätzliches Personal nicht bewältigt werden können. Das ganze Thema Sportangebote sei eigentlich bisher nicht im Portfolio des Sportamtes, denn dies fiele in die Zuständigkeit der Vereine. Die Stadt stelle die Sportstätten. Auch mit dem Bereich Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum habe man sich in den letzten Jahren nicht beschäftigt. Dies komme nun über den Bürgerhaushalt des Öfteren. Herr Diepold betont, dass es hierfür aber letztlich kein richtiges Kon-

zept gebe. Der Sport im öffentlichen Raum werde immer mehr, da der Platz nicht unendlich sei und nicht unendlich weitere Turnhallen gebaut werden können. Er merkt nochmals an, dass das Sportamt hier personell nicht so gut aufgestellt sei, um dies ohne Weiteres umzusetzen. Er weitet dies aber weiter aus und verweist hier auf andere Dienststellen, wie das Gartenamt und das Hochbauamt. Herr Diepold gibt als Beispiel das Thema Parcours-Anlage an der Halle 9, welches schon seit Jahren nicht weiterentwickelt werden könne. Der Punkt sei, dass es keine Konzepte, keine Zuständigkeit und auch keine Organisation gebe, um diese Themen wirklich voranzubringen. Aus Sicht von Herrn Diepold werde eine andere Zusammenarbeit und auch zusätzliches Personal benötigt. Er betont, dass das Sportamt seit 15 Jahren kein zusätzliches Personal benötigt habe. Aufgrund dieser vielen Themen sei nun der Bedarf gegeben. Bei kleineren Themen, die im laufenden Betrieb bewältigt werden können, sehe er kein Problem. Aber die künftige Fülle an Dingen und Aufgaben mit denen sich das Sportamt bisher nie befasst habe, sehe er problematisch.

Herr Hoffmann verweist auf das strategische Immobilienmanagement, welches parallel zum Sportentwicklungsplan entwickelt worden sei. Hier greifen die Zahnräder gut ineinander und es sei ersichtlich, dass die Themen auch von baulicher Seite erkannt seien. Herr Hoffmann verweist auf die sanierungsbedürftigen Turnhallen in der Innenstadt und informiert, dass eine Sanierung nicht bei allen gleichzeitig erfolgen könne. Hier müsse eine gewisse Reihung beachtet werden, auch wenn die Priorität dieser Anlagen sehr hoch sei.

An Herrn Diepold gewandt fragt Stadträtin Kürten nach, was ohne die zusätzlichen Stellenanforderungen umgesetzt werden könne.

Herr Diepold merkt an, dass alles andere umgesetzt werden könne. Das Sportamt sei künftig ein Planungsamt, so Herr Diepold. Trotzdem fehle es aus seiner Sicht an Konzepten und an genauen Schnittstellen in der Stadtverwaltung. Er betont nochmals, dass das Sportamt keine Kapazitäten für die Planungen im öffentlichen Raum habe. Hier müsste ausgeschrieben werden, was sich aber wieder als schwierig darstelle, weil jemand benötigt werde, der diese Ausschreibung vornehme. Dies seien derzeit alle Dinge, die nicht geleistet werden können. Weiter verweist er auf stetig neue Dinge aus dem Bürgerhaushalt. Wichtig sei auch, dass die Stadt selbst initiiert, was eigentlich gewollt werde. Wolle man immer das widerspiegeln, was der Bezirksausschuss beschließe, oder wolle die Stadt ein eigenes Konzept auflegen. Dies könne nur von Personal erledigt werden, welches Herr Diepold aktuell nicht habe.

Es werde sicherlich auch Gesprächs- und Kommunikationsformen mit den Vereinen geben, um sich über die Themen des Sportentwicklungsplans gemeinsam auszutauschen, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Weiter sichert sie zu, die Personalproblematik in der Stellenberatung anzusprechen.

Gerade das Thema Trendsport wie in der Halle 9, sei ein solcher Prozess, die oftmals Jahre andauern, so Herr Angermann. Die Jugendlichen, die diese Ideen angeregt haben, seien da oft schon rausgewachsen. Dies beobachte er tatsächlich in den letzten 15 Jahren immer wieder, dass eine Umsetzung für Sportanlagen im öffentlichen Raum lange andauere. Dieser Sportentwicklungsplan zeige nun auf, dass sich Sport nicht nur in der Schule oder in den Vereinen abspiele, sondern ganz viel im öffentlichen Raum stattfindet. Hier seien die Grenzen vom Alter fließend, auch wenn oft von Jugendtrainern die Rede sei. Es gebe viele Sportplätze wo viele Erwachsene, oder ganze Familien aktiv seien.

Man sei sich hier einig, dass der Sportentwicklungsplan eine gute Basis sei, um den Sport insgesamt im Freizeitbereich und in der Jugendarbeit in dieser Stadt weiterzuentwickeln. Stadtrat Wittmann weist aber schon darauf hin, dass das Sportamt in der

Vergangenheit nicht nur verwaltet, sondern auch gestaltet habe. Aus dem Vortrag von Frau Dr. Thurn könne man heraushören, dass dies bislang nur verwaltet habe und nun ins Gestalten komme. Stadtrat Wittmann weist darauf hin, dass über viele Jahrzehnte für den Sport sehr viel getan und investiert worden sei. Dabei verweist er auf das Ballspielhallen-Programm. Auch wolle er eine Lanze brechen für das Garten- und Bauamt. Hier habe man in der Vergangenheit immer alles Mögliche getan. Es sei klar, dass es immer zusätzliche Wünsche gebe. Diese gebe es auch in anderen Bereichen. Alles optimal zu entwickeln und zu gestalten, sei nicht möglich. Stadtrat Wittmann betonte ausdrücklich, dass er der Antragsziffer zwei der Beschlussvorlage nicht so zustimmen werde, weil im Finanzausschuss eine ganz andere Diskussion geführt werde. Dabei zitiert er den Oberbürgermeister, sich auf die Pflichtaufgaben zu konzentrieren, weil sich die Stadt nicht mehr alles leisten könne. Dieser Aspekt müsse auch berücksichtigt werden. Es müsse erst die Stellungnahmen der anderen Ausschüsse abgewartet werden. Als Sportausschuss könne man grundsätzlich sagen, es könne nie viel genug sein. Aber zu sagen, dass die Maßnahmen nur mit zwei zusätzlichen Stellen umgesetzt werden können, sei nicht korrekt. Ganz so einfach funktioniere Kommunal- und auch Finanzpolitik nicht. Stadtrat Wittmann zeigt sich verwundert, dass nicht der Personalausschuss in der Beratungsfolge aufgeführt sei, wenn es hier um zusätzliche Stellen gehe. Er bittet diesen in der Beratungsfolge zu ergänzen. Stadtrat Wittmann gibt zu Protokoll, dass man nicht von vorneherein sagen könne, man habe im Sportausschuss oder gar in anderen Ausschüssen bereits Stellen beschlossen, soweit dürfe dies nicht gehen. Auch wenn er heute der Gesamtvorlage zustimme, bedeute dies nicht, dass er automatisch diesen beiden Stellen zustimmen werde. Stadtrat Wittmann wolle nochmals zum Ausdruck bringen, dass man hier nicht weiterkomme, aber es könne nicht alles was wünschenswert sei, versprochen werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert eine Beratung im Personalausschuss zu. Es sei ausdrücklich so formuliert, dass manches nicht umgesetzt werden könne. Hierbei handelt es sich um eine Kenntnisnahme, dass der Stellenbedarf wie dargestellt gesehen werde.

Frau Dr. Thurn merkt an, dass es nicht so verstanden werden solle, dass sie das Sportamt bisher nur als eine verwaltende Einheit wahrgenommen habe. Dies sei ganz und gar nicht der Fall. Hier sei in der Vergangenheit vieles richtig gelaufen, sonst gebe es nicht diesen guten Bestand an Hallen und Plätzen für das Konzept. Im Sportentwicklungsplan sei deutlich geworden, dass sich das Aufgabenfeld erweitert habe und auch in Zukunft erweitern werde. Sie weist darauf hin, dass dies nur Punkte seien, die von der Verwaltung abgearbeitet werden müssen. Auch die Vereine, die Schulträger, der Sportkreis, also alle Akteure die bei diesem Prozess beteiligt seien, seien selbstverständlich in der Umsetzungspflicht.

Nun habe die Diskussion so positiv begonnen und nun eine solche Wende. Stadtrat De Lapuente wolle nicht in die Vergangenheit blicken. Wenn man etwas neues beginne, sei es klar, dass es zu Veränderungen, auch zu personellen, komme. Vielleicht verschiebe sich das eine oder andere etwas. Stadtrat De Lapuente verweist hierzu auf Synergieeffekte. Deswegen breche er die Lanze dies positiv zu betrachten und diese Sportentwicklungsplan als eine Chance zu sehen und nicht gleich wieder die kritischen Punkte voran zu stellen.

Auf nochmaliger Anfrage von Stadträtin Kürten teilt Herr Diepold mit, dass auch ohne die Personalaufstockung ein Teil der Maßnahmen umgesetzt werden könne.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Bildung vom 02.05.2023:

Der Sportentwicklungsplan sei bereits in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Sport und Veranstaltungen vorgestellt worden. An dieser Sitzung habe auch Frau Dr. Thurn von der Firma IKPS teilgenommen. Ein längerer Prozess mit Bestandsaufnahme, verschiedenen Workshops u.a. zu den Themen Kita, Schulen und Sport liege hinter uns, informiert Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Anhand der Powerpoint-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, geht Herr Diepold auf den Prozess der Bestandsdatenerfassung über die Befragungen, der vier Workshops und mit der vom Stadtrat eingesetzten Lenkungsgruppe ein. Aus den 25 Leitzielen und 66 Handlungsempfehlungen seien 10 Empfehlungen, die an der Spitze stehen, priorisiert worden. Ganz oben auf der Agenda stehe das Schwimmen Lernen gefolgt vom Bäderkonzept Lehrschwimmbecken. Die Empfehlung sei, Bewegungsförderung in Schulbaukonzepten zu integrieren und eine bewegungsfreundliche Gestaltung von Schulhöfen. Auch hier spiele das Thema Öffnung von Schulhöfen eine Rolle, bemerkt Herr Diepold. Ein Pilotversuch, einen Schulhof am Nachmittag und Abend zu öffnen, sei ebenfalls angesprochen worden. Alle anderen Punkte befassen sich mit Themen der Sportvereine und den Angeboten in den Sportvereinen für Gruppen wie z.B. Frauen- und Mädchensport, aber auch Angebote für Senioren und im Bereich Integration und Inklusion. Hier könne man als Kommune auch weitere Anstöße geben und die Sportvereine unterstützen. Bisher sei dieses Thema im Sportamt noch gar nicht verankert gewesen, informiert Herr Diepold. Bei den Sportanlagen liege der Fokus eher auf dem Thema „Erhalten und Sanieren“ als neu Bauen. Dies soll nicht bedeuten, dass man nicht die eine oder andere Sportstätte doch brauche. Das Thema WLAN und LED in Sporthallen müsse für die Zukunft besser bedacht werden. Ein weiterer zentraler Punkt des Sportentwicklungsplanes sei der Sport im öffentlichen Raum. Die Befragungen haben ergeben, dass die meisten Leute im öffentlichen Raum Sport betreiben. Dass das Ingolstädter Stadtgebiet letztlich ein Sport- und Bewegungsraum ist, mit diesem Thema sollte man sich auch vermehrt befassen. Dies gehe von Mini-Spielfeldern über Trainingslagern und Skateanlagen bis hin zu Neuerungen, die man vielleicht noch gar nicht kennt, erörtert Herr Diepold.

Bei dem Punkt Konzeptionelle Weiterentwicklung von baulichen Aspekten ergänzt er, dass Ingolstadt in vielen Bereichen besser abgeschnitten habe als vergleichbare Kommunen in dieser Größenordnung. Das bedeute nicht, dass es nichts zu tun gäbe, sondern gerade in dem Bereich Sport, im öffentlichen Raum oder auch im Bereich der Angebote für die Vereine gebe es doch große Handlungsfelder. Herr Diepold stellt klar, dass der Sportentwicklungsplan nicht abgestimmt bzw. abgeschlossen sei, sondern permanent angepasst werden müsse. Man müsse sich darauf einstellen, dass es vielleicht in fünf Jahren Sportgeräte oder Sportarten gebe, die heute noch unbekannt sind, verdeutlicht er. Ebenso ein wichtiger Punkt sei, die Netzwerke aller relevanten Akteure noch mehr auszubauen bzw. besser zu pflegen. Die Verwaltung fungiere hier vielleicht nur als Anstoßgeber. Umsetzen müssen es selbstverständlich die Vereine. Betroffen seien unterschiedliche Bereiche der Verwaltung wie z.B. bei Radwegen. Das sei eher ein Punkt für die Fahrradbeauftragte, die sich aber ohnehin schon dem Thema permanent beschäftige. Was die Pflege und Sanierung der Anlagen angehe, müssen die Sportförderrichtlinien auf neue Anforderungen fortlaufend angepasst werden. Man habe hier eher eine Sportförderung, die baulich oder infrastrukturell ausgelegt sei. Diese sollte man auch in eine Sportförderung umbauen, die sich vielleicht mehr Richtung Angebote ausrichte, meint Herr Diepold. Dazu fallen ihm zum Beispiel Zuschüsse im Bereich Vereinsführung oder Übungsleiter ein. Das Ehrenamt sei ein großes Thema, da diese den Vereinen an allen Ecken fehlen. Abschließend weist Herr Diepold daraufhin, dass sich der gesamte Sportentwicklungsplan auf die nächsten 10 bis 15 Jahre ausrichte. Dementsprechend seien die Empfehlungen priorisiert

und terminiert. Dies könne man der Beschlussvorlage entnehmen. Gewisse Punkte werde man ohne personelle Verstärkung nicht bzw. nicht sofort umsetzen können, betont Herr Diepold. Gerade im Bereich Angebote von Sportvereinen oder auch das Thema Infrastruktur im öffentlichen Raum seien Themen, die aus seiner Sicht nicht ohne Weiteres im laufenden Betrieb miterledigt werden können.

Stadträtin Mader geht auf das Thema Sport im öffentlichen Raum ein. Für sie persönlich gehöre hier auch das Schwimmen dazu. Man habe gesehen, wie stark die Öffentlichkeit auf das Schließen der Sportschwimmbecken reagiert habe. Deshalb tritt sie mit der Bitte heran, rechtzeitig zu Beginn der Badesaison sämtliche Ufer-, Bade- und Liegebereiche zu überprüfen. Den Vorschlag, dass Sportvereine mehr Unterstützung im Vorstandsbereich oder in der Bürokratie bekommen sollen, begrüßt sie.

Das Thema Badensee sei beim Naherholungskordinator gut aufgehoben, der sich bereits um Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur kümmere, antwortet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Was das Thema Vereine angehe, seien auch seitens der Vereine bei der Entwicklung des Sportentwicklungsplans einige Ziele und Wünsche eingegangen. Diese wolle man selbstverständlich unterstützen. Wichtig sei zum Beispiel die Gewinnung von Ehrenamtlichen, damit eine entsprechende Unterstützung bei Kooperationen mit Schulen oder ähnlichem gefördert werden könne. Das Ganze stehe allerdings unter dem Vorbehalt der entsprechenden personellen Ausstattung im Sportamt. Man werde wahrscheinlich nicht alles gleichzeitig anpacken können, pflichtet sie Herrn Diepold bei.

Stadträtin Leininger bezieht sich auf das Thema bewegungsfreundliche Schulhöfe und Kitas. Das Ergebnis, dass nur die Hälfte der Schulen als bewegungsfreundlich bezeichnet werden, liege zum einem daran, dass die Flächen zu klein seien, und zum anderem an der Ausstattung der Höfe. Ähnliches gelte für die Kitas. Die Flächen könne man nicht einfach so erweitern, aber in der Ausstattung könne die Verwaltung relativ zeitnah etwas tun. In Zusammenarbeit mit den BZAs können z.B. entsprechende Anträge gestellt werden, was sich Schülerinnen und Schüler für ihre Pausenhöfe wünschen, schlägt sie vor. Weiter erkundigt sich Stadträtin Leininger danach, ob es für neu errichtete Schulen bereits eine spezielle Stelle mit dem Fokus auf bewegungsfreundliche Schulhöfe gebe.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwidert, dass dies schon vielfach umgesetzt werde. Als Beispiel bezieht sie sich auf die Schule Münchener Straße. Dort gebe es Bewegungsanreize wie das „Kästchenhüpfen“, welches man auf den Boden malen kann. Auch bei den modernen Neubauten werde dies bereits mitgedacht und berücksichtigt. Die Anregung, die Bezirksausschüsse miteinzubinden, begrüße sie.

Herr Engert ergänzt, dass bei neuen Schulanlagen oder Sanierungen Freianlagenplaner beauftragt werden, welche die Außenplanung übernehmen. Den Bau übernehme die Stadtverwaltung dann selbst. Bei kleineren Anlagen übernehme man auch die Planung selbst. Zudem werde in Absprache mit den Schulleitungen auf eine entsprechende Ausstattung geachtet.

Je mehr man an Ausstattung aufstelle, desto mehr müsse man auch auf die Sicherheitsaspekte achten, verdeutlicht Herr Hoffmann. Deshalb sei es in der Münchener Straße im Winter zu Sperrungen gekommen.

Man müsse genau darauf achten, an welcher Stelle man die Bewegung weiter stärken oder ausbauen könne. Weiter macht Herr Hoffmann darauf aufmerksam, dass Freianlagenplaner aktuell den allerneuesten Stand planen. Deshalb werde er das Thema gerne nochmal mitnehmen.

Stadtrat Dr. Schuhmann bedauert, dass sich die Betonierung der Schulhöfe aus vergangenen Jahrzehnten nicht mehr rückgängig machen lässt. Gerade deshalb plädiere er dafür, die Bewegungsforderungen, die mit Recht gestellt werden, in Zukunft wieder einigermaßen auszugleichen. Weiter geht er auf die finanziellen Auswirkungen des Sportentwicklungsplans ein. In der Beschlussvorlage stehe, dass dieser keine Kosten entstehen lasse. Wenn man allerdings zu hören bekomme, dass gewisse Punkte ohne zusätzliche personelle Unterstützung nicht umsetzbar seien, müsste dies seiner Ansicht nach korrigiert werden. Außerdem sei Stadtrat Dr. Schuhmann aufgefallen, dass die Nachhaltigkeitseinschätzung nicht durchgeführt worden und die Begründung der Aufnahme im Abschlussbericht zu finden sei. Diese Begründung habe er allerdings nicht finden können.

Herr Diepold erklärt, dass Abschlussberichte in dieser Zusammenfassung von Nachhaltigkeitseinschätzungen ausgenommen seien.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Dr. Schuhmann antwortet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, dass die Förderung von bewegungsfreundlichen Schulen, Kitas und Sportanlagen sowie die dafür notwendige Schaffung von Stellen sicher etwas kosten werde. Aktuell könne man diese allerdings nicht beziffern, da unmittelbar keine Maßnahmen beschlossen werden. In dem Moment, in dem ein Schulhof mit Bewegungsangeboten aller Art gebaut wird, müssen die Kosten angegeben und entsprechend vom Stadtrat beschlossen werden, verdeutlicht sie. Nachdem jedoch bekanntermaßen bei „Nicht-Pflichtaufgaben“ eine Nullrunde eingeläutet wurde, werden die Stellen nicht im Nachtragshaushalt, sondern wenn dann eher im nächsten Haushalt beantragt, führt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll aus.

Stadtrat Dr. Schickel bekräftigt die Bitte von Stadträtin Leininger, mehr Sportanreize wie z.B. Tischtennisplatten für Schülerinnen und Schüler, die auf kurzem Dienstweg zu beschaffen seien, zu schaffen. Da Sportlehrer manchmal mehr mit Trendsportarten vertraut seien als die Verwaltung, plädiere er dafür, Schulgemeinschaften intensiv in weitere Planungen miteinzubinden.

Stadtrat Achhammer teilt mit, dass die CSU-Stadtratsfraktion in ihrer Vorberatung zum Thema Sportentwicklungsplan festgestellt habe, dass die Bezirksausschüsse nicht eingebunden waren. Ihnen sei bekannt, dass alle Vereine eingeladen wurden, aber sich einige nicht beteiligt haben. In einem größeren Verein im Norden von Ingolstadt habe man einige Defizite festgestellt, die nicht bekannt waren. Stadtrat Achhammer vertritt die Meinung, dass die Bezirksausschüsse dringend miteingebunden werden müssen, wenn man Verbesserungen erreichen möchte. Deshalb regt er an, diese zukünftig auf irgendeine Art und Weise dazu aufzufordern, sich zu beteiligen. Dies könne man z.B. über einen Tagesordnungspunkt tun, schlägt Stadtrat Achhammer vor.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll informiert, dass der Sportentwicklungsplan im Grunde bereits feststehe und jeder Sportverein angeschrieben worden sei mit der Bitte, sich zu beteiligen. Wer dies nicht getan habe, sei nun leider etwas spät dran. Über die Bezirksausschüsse könnten nochmals Themen eingebracht werden, wenn es etwa um konkrete Projekte gehe, die in dem Plan enthalten seien. Hier könne sie

sich vorstellen, nochmals speziell um Kommentierungen oder Anregungen aus dem eigenen örtlichen Bereich zu bitten.

Stadtrat Reibenspieß möchte in Erfahrung bringen, wie die konkrete Gestaltung von Bewegungsformen bei der neuen Mittelschule Südost aussehe.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll antwortet, dass sich diese Frage nicht so leicht beantworten lasse, da die Außenanlagen noch in der Planung und die Gestaltung des Pausenhofes wahrscheinlich Sache des Architekten seien.

Das Sportamt sei in diese Maßnahme nicht eingebunden, pflichtet Herr Diepold bei. Letztlich sei es eine Baufrage und hänge davon ab, was geplant und ausgeschrieben werde. Deswegen könne er aktuell keine Details nennen.

Frau Bürkl ergänzt, dass im Rahmen der Bauplanung des Schulhofes der neuen Mittelschule Südost mit dem Freianlagenplaner die Schulgemeinschaft sowie die Schulleitung eingebunden worden seien. Die Planungen seien soweit fertig und unter den vier bekannten pädagogischen Bereichen „Pädagogik, Bewegung, Aufenthalt und Ruhe“ geplant worden.

Es gebe auch von der Berufsgenossenschaft einen Leitfaden für die Ausgestaltung von Schulhöfen, allgemeine Grundsätze und Best Practice Beispiele, die besagen, wie der Stand der Technik deutschlandweit sein sollte, informiert Herr Hoffmann. Diese müssen allerdings in jedem Einzelfall auf die konkrete Situation umgesetzt werden. Herr Hoffmann gehe davon aus, dass diese Grundsätze den Planern ohnehin mit an die Hand gegeben und eingehalten werden.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Abstimmung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

-Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.-